



HoGeSa-Aufmarsch am Sonntag:

Hoffentlich ist der Einsatz diesmal besser geplant

Im letzten Jahr wurde der Rechtsstaat von gewalttätigen Hooligans und Randalierern vorgeführt, das darf sich nicht wiederholen. Die Bürger Kölns müssen vor Unruhen, Verletzungen und Sachbeschädigungen geschützt werden. Innenminister Jäger teilt vorsorglich mit, „die Gesamtverantwortung“ trage der Polizeiführer.

Die Kölner Polizei arbeitet an einer Einsatzkonzeption für den kommenden Sonntag, um Ausschreitungen zu unterbinden. Offiziell sind 1.000 Teilnehmer angemeldet. 16.000 Gegendemonstranten von drei Veranstaltern werden erwartet. Mit wie vielen Polizisten die öffentliche Ordnung aufrechterhalten werden soll, bleibt indes offen. Landesinnenminister Jäger antwortet auf meine konkrete Nachfrage nicht.

Fest steht aber, dass ein Ziel des Einsatzes „die Verhinderung von Ausschreitungen sowie das Zusammenreffen von HoGeSa-Aktivisten mit Gegendemonstranten“ ist. Mehr: <http://kurzlink.de/GG151021>

Brühl

Kreisverkehr an der St.-Ursula Kreuzung kommt

Seit Monaten ist die Ampelanlage vor dem St. Ursula Gymnasium in Brühl an der Kreuzung Kaiserstraße/Kurfürstenstraße/Friedrichstraße ausgefallen. Nun gibt es endlich eine Lösung.

Anfang September habe ich Klagen von Bürgern über die Situation am Kreuzungsbereich an den Brühler Bürgermeister weitergegeben. Dieser teilte mir nun mit, dass die Bauarbeiten für einen Kreisverkehr noch im Oktober beginnen und voraussichtlich bis zum Ende des Jahres abgeschlossen sind.

Es ist gut, dass die gefährliche Stelle nun entschärft wird und insbesondere die vielen Fußgänger, Radfahrer und Kinder bald wieder sicher über die Straße kommen. Näheres: <http://kurzlink.de/GG151022>

Notunterkünfte für Flüchtlinge:

Wann zahlt das Land die Rechnungen der Städte im Rhein-Erft-Kreis?

In allen zehn Kommunen im Rhein-Erft-Kreis sind inzwischen Notunterkünfte für jeweils rund 200 noch nicht registrierte Flüchtlinge eingerichtet worden. Ursprünglich hatte die Landesregierung NRW zugesagt, den Städten die Kosten der Notfallunterbringung zu 100 Prozent zu erstatten. Dem kommt das Land aber nicht nach.

Wie aus einem Brief des Erftstädter Bürgermeisters an die Bezirksregierung hervorgeht, hat Erftstadt bisher 430.000 Euro für seine Notunterkunft ausgegeben, aber lediglich 17.725 Euro zurückerhalten.

Ich habe nun mit einer parlamentarischen Kleinen Anfrage beim Land nach, in welcher Höhe die Städte im Rhein-Erft-Kreis bisher Rechnungen für die Notunterkünfte eingereicht haben, welche Kosten bereits beglichen wurden und wann mit der Erstattung welcher Ausgaben zu rechnen ist.

Die Kommunen im Rhein-Erft-Kreis unternehmen ihr Möglichstes, um die vom Land zugewiesenen Flüchtlinge zu versorgen, die ansonsten obdachlos wären. Die Organisation ist schwierig genug. Da dürfen die ohnehin klammen Stadtkassen nicht zusätzlich dadurch belastet werden, dass Vorleistungen monatelang nicht zurückgezahlt werden. Die Anfrage können Sie hier nachlesen: <http://kurzlink.de/GG151020>

Ich frage auch nach, wie viele Flüchtlinge überhaupt im Land sind und bei wie vielen Asylbewerbern der Verbleib nicht bekannt ist: <http://kurzlink.de/GG151019>